

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Belegpost monatlich 1,50 M. Zus. die Post bezogen monatlich 4,50 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertate werden die 7gepaltenen Zeilen mit 60 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Insertate müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275.

Dresden, Dienstag den 26. November 1918.

29. Jahrg.

Expropriation und Konfiskation.

Quem Artikel, den der bekannte, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörende Theoretiker Karl Kautsky in der Zeitschrift Der Sozialist veröffentlicht, entnehmen wir folgendes:

Hier große Aufgaben stehen vor der durch die Revolution eingeleiteten Regierung: Einmal der Abschluß des Friedens und die Wiederherstellung normalen Verkehrs mit dem Ausland. Dann die Sicherstellung der Volksernährung. Drittens die Neubildung der Eisenbahnverwaltung in Formen, die sie zu einem geeigneten Mittel der Beherrschung des sozialistischen Produktionsprozesses machen, und endlich viertens die Durchführung der Übergangswirtschaft, die weder doppelter Natur ist, einerseits Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, andererseits Übergang von kapitalistischer zu sozialistischer Wirtschaft.

Diese Formulierung der Aufgaben wird von manchem Revolutionär als „philistins“, ja sogar als „bürgerlich“ abgetan und die mehr verlangt, die Revolution immer noch weiter zu treiben.

Es ist nicht ganz klar, was unter diesem sehr bedeutungsvollen Ausdruck verstanden werden soll. Bezieht man das Wort „Revolution“ in dem Sinne, daß die gegenwärtige Regierung gestürzt werden soll? Wer soll sie stürzen, was an ihre Stelle treten? Die augenblickliche Regierung ist gebildet durch die beiden großen Parteien, in die der deutsche Sozialismus zerfällt. Die Zusammenarbeit der beiden Fraktionen ist sicherlich kein idealer Zustand, aber der einzige, der den Aufbau einer sozialistischen Regierung unter den gegebenen Verhältnissen ermöglicht. Jeder Versuch, die aus diesem Kompromiß geborene Regierung zu stürzen, ließe einen Teil des Proletariats dem anderen Teil entgegenstellen, das ganze Proletariat damit kampfunfähig machen und der Gegenrevolution den Sieg sichern.

Doch kann man die Forderung des Weiterreichens der Revolution auch in einem anderen Sinne auffassen, in einem, der der gegenwärtigen Regierung durchaus nicht feindlich ist. Es wäre sicher denklich, wollten die arbeitenden Massen glauben, nun sei alles im Ordnung, die Regierung werde schon für das Nötige sorgen. Doch braucht man durchaus nicht zu fürchten, daß sie sich wieder schlafen legen. Die gesamte Klasse des Proletariats und weiterer Schichten des Kleinbürgertums und der Intellektuellen haben ja ein dringendes Interesse am Sozialismus. Was viele von ihnen abhält, sich anzugliedern, war bloß ihr Zweifel an unsrer Macht. Nun haben wir die Macht in unsere Hände bekommen, damit sind vielen die Binden von den Augen gefallen. Nun glauben sie an uns und arbeiten mit uns, wenn wir ihnen Gelegenheit zur Beteiligung geben.

Oben weiß der Glaube an unsre Macht für so viele unausgesprochene Mitglieder der unteren Volksschichten von so entscheidender Bedeutung ist, sehe ich in der Berücksichtigung des Zusammentritts der Konstituante keinen solchen Vorteil, wie viele meiner Freunde: Der Glaube an unsre Macht kann durch längeres Warten nicht wachsen. Die Befestigung der Regierung rechnen auf den Anschauungsunterricht, den wir den Massen durch praktischen Sozialismus erteilen. Aber zaudern können wir nicht. Wie sehr wir auch die Nationalisierung der Wirtschaft betreiben mögen, eine wesentliche Hebung der Wohlfahrt der Massen wird erst möglich sein, wenn es uns gelingt, nach vorgefertigter Nationalisierung die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu heben. Das kann ein bis zwei Jahre dauern, gerade jene Jahre, in denen wir die Massen, auf deren Festhaltung es ankommt, erwartend aber dem Sozialismus des Paradieses gleich übermorgen. So lange Zeit, wie der Sozialismus braucht, um durch seine Leistungen die Zweifelnden zu gewinnen, können wir mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung nicht warten.

Andererseits ist es ein Kleinmütziges, den ich absolut nicht begreife, wenn man fürchtet, wir seien verloren, sobald wir mit unserem Programm die Volksmassen irreführen. Ich habe vollstes Vertrauen zu seiner festesten Kraft nach den durchführbaren Lehren der letzten vier Jahre.

Man will die konsultierende Nationalversammlung erst zusammenrufen, nachdem man sozialistische Maßnahmen durchgeführt hat. Wie soll man aber solche durchführen mit der bisherigen Staatsmaschine? Und wie soll man diese einheitlich und gründlich für das ganze Reich ändern ohne konsultierende Nationalversammlung?

So wird z. B. eine der ersten Maßnahmen der Nationalisierung die der Kohlenruben sein müssen. Wie soll man aber diese durchführen, solange das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich nicht geregelt ist? So wie jetzt kann es nicht bleiben. Die Kohlenruben müssen in den Besitz des Reiches übergehen, der preussische Staat darf nicht allein darüber verfügen.

Man sieht, die Grundfrage des neuen Staates muß zuerst gelöst sein, ehe man daran gehen kann, Verstaatlichungen tatsächlich, nicht bloß im Text, durchzuführen. Zuerst verstaatlichen und dann den Staat aufbauen wollen, hieße den Hausbau beim Dach beginnen.

Natürlich läßt sich trotzdem sofort vieles machen und muß gemacht werden, aber zu rascher Durchführung wahlweise einseitiger Maßnahmen gehört eine vorherige Herbeiführung des Staatsaufbaus. Die Verstaatlichung Deutschlands in eine demokratische Republik darf sich nicht auf das Verschwinden einiger Dynastien beschränken, sie muß das ganze Staatswesen in allen Einzelheiten durchdringen. Und das kann nur eine konsultierende Nationalversammlung bewerkstelligen.

Eine der Fragen, die für das Reich prinzipiell gelöst werden müssen, wird die sein, ob die Besitzer nationalisierter Betriebe ausserordentlich entschädigt werden sollen oder nicht.

Nun erscheint als die einfachste und billigste Lösung die Frage der Nationalisierung die Konfiskation, und wer Bedenken dagegen äußert, wird bereits verdächtigt, im Interesse des Selbstzwecks tätig zu sein.

Vom Rechtsstandpunkt aus kann man sagen, daß alles Kapital akkumulierter Reichtum, unbezahlte Arbeit ist. Es ist das gute Recht der Arbeiter, ihre oder ihrer Vorgänger unbezahlte Arbeit ohne Vergütung wieder an sich zu nehmen.

Für den Arbeiter sind diese Gesichtspunkte nicht ohne Belang. Aber entscheidend für ihn werden die ökonomischen Erwägungen, und die sprechen in anderem Sinne.

Die schlimmste Gefahr, die die kapitalistische Produktionsweise über die Proletariatsmassen, ja die ganze Gesellschaft gebracht hat, sind die wirtschaftlichen Krisen mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit. Tiefe Krisen bilden die schwerste Anlage, die die Arbeiter des Kapitalismus gegen ihn vorbrachten, sie sind der Welt zu schaffen und abzuschaffen zu machen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialismus. Es wäre das schlimmste Kränkergesund für ein sozialistisches Regime, wenn es sich mit dem Herbeiführen einer wirtschaftlichen Krise einleitete.

Was wir aber brauchen, ist ruhiger, ununterbrochener Fortgang des Produktionsprozesses, ohne den die Arbeiterschaft nicht leben kann. Einer der größten Vorteile der Demokratie besteht gerade darin, daß sie es erlaubt, die erbitterten Klassenkämpfe in Formen auszusprechen, die den Produktionsprozess nicht stören, während jede Diktatur oder Autokratie, von welcher Seite sie kommen mag, notwendigerweise dazu führt, daß diese Kämpfe Formen annehmen, die den Produktionsprozess zeitweilig lahmlegen.

Wie wirkt nun die Konfiskation auf den Fortgang der Produktion?

Geldlos es, mit einem Male die gesamte Produktion aus kapitalistischer in sozialistische zu verwandeln, dann würde die Konfiskation eine sehr zweckmäßige Maßregel, die sich auch, wie wir gesehen, durch Ermäßigungen des Rechts und Bestrafen der Geschäfte rechtfertigen ließe. Einen derartigen plötzlichen Übergang zum Sozialismus hält jedoch niemand für möglich.

Aber wie lange man immer jenen Zeitraum des Übergangs ausdehnen mag, daran ist nicht zu zweifeln, daß die verschiedenen Produktionszweige in verschiedenen Maße reif sind zur Nationalisierung. Bei manchen kann es ohne weiteres sofort vorgenommen werden, bei anderen ist noch gar nicht abzusehen, wann und wie sie nationalisiert werden.

Zunächst wird sicher nur ein Teil der Produktionszweige nationalisiert werden können, die anderen müssen kapitalistisch weiter betrieben werden. Der Kapitalist produziert aber nicht weiter, wenn er nicht sein Eigentum und seinen Gewinn gesichert weiß. Soll er seinen Betrieb in Gang halten, muß er neues Kapital in seinen Betrieb hineinstecken, Löhne zahlen, Rohmaterialien kaufen usw. Wird er das tun, wenn das Prinzip der Konfiskation angenommen wird und er mit der Möglichkeit rechnen muß, daß man ihn morgen oder übermorgen seinen Betrieb ohne jede Entschädigung abnimmt?

Man meint, durch den Schrecken kann man die widerpenstigen Kapitalisten zwingen, ihre Betriebe weiter zu führen. Aber unter dem Trude des Schreckens kann man nur die widerpenstigen Arbeiter zwingen. Es ist ein Nachteil der Klassenarbeit, daß sie jede höhere Produktionsstufe ausschließt. Man kann neben den Unternehmern einen Soldaten stellen, der ihn zwingt, den Betrieb in Gang zu halten. Aber wie soll er ihn zwingen, das mit Umsicht und Empfindung zu tun? Je schlaumer der Soldat, desto größer der Verlust des Letzteren, desto rascher wird der Betrieb vorankommen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn der Kapitalist ein Interesse an dem rationalen Fortgang des Betriebes hat, wenn ihm in Wahrheit geht, im Falle der Nationalisierung eine Entschädigung zu bekommen, die um so höher ist, je produktiver das Unternehmen.

Aus ökonomischen Gründen, im Interesse des ungehinderten Fortgangs der Produktion, ist es dringend wünschenswert, daß der Staat für die Konfiskation für alle Betriebe, deren Besitzer sich in keiner Weise strafbar gemacht haben, festgelegt würde.

Der Selbstzweck der Kapitalisten soll in Anspruch genommen werden bei der Zahlung der Kosten der Konfiskationen. Aber die Klasse soll dazu herangezogen werden, nicht der einzelne. Die Kosten müssen durch progressive Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften aufgebracht werden. Die Konfiskation trifft einzelne Kapitalisten und läßt andere ungehindert, die Besteuerung legt die Kosten des Übergangs nicht einzelnen Individuen, sondern der ganzen Klasse auf, abgesehen nach der Tragfähigkeit des einzelnen. Sie wird dadurch gerechtfertigt und auch milder, weil der Prozeß der Expropriation der einzelnen auf einen längeren Zeitraum verteilt ist, bis die gesamte Nationalisierung zum Abschluß gelangt. Es wird dem einzelnen nicht sofort sein ganzes Vermögen genommen.

Es kann nur von Vorteil sein, wenn wir die sozialisierte Methode der Expropriation der Erp.-juristens durch die Besteuerung wählten und der Kapitalistenklasse das traurige Vorrecht lassen, daß es es war, die bei den Expropriationen, die sie in ihren Anlagen, den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation, von ihm, zu den gewalttätigsten und infamsten Mitteln griff.

Mit dem Siege des Proletariats soll ein neues, höheres Zeitalter beginnen.

Nationalwahlen bald möglich!

Ein Vorschlag Scheidemanns

Berlin, 26. November. In der gestrigen Reichskonferenz hat sich Scheidemann in einer Debatte auch mit den Einwänden beschäftigt, die gegen die baldige Wahl der Nationalversammlung aus technischen Gründen erhoben wurden. Scheidemann schreibt im Wortlaut:

Es wird hauptsächlich betont, daß es nahezu unmöglich sei, Wählerlisten aufzustellen, solange nicht alle Soldaten in die Heimat zurückgekehrt seien. Die Soldaten dürften aber, was für mich selbstverständlich ist, nicht von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sein. Ich halte die Wahl für möglich unter Teilnahme aller Soldaten, ohne daß in diesem besonderen Falle Wählerlisten aufgestellt werden müßten. Die Wahlen für die Nationalversammlung werden gleich, geheim und direkt sein. Alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen können nach dem Verhältniswahlverfahren wählen. Die politischen Parteien oder

auch andre Gruppen, die sich für diese besondere Wahl etwa vereinen wollen, können Listen ihrer Kandidaten für ihren Wählerkreis aufstellen. Es könnte für die Ausgabe der abzugebenden Stimmzettel genügen, wenn die Parteileitungen ihre Kandidatenlisten einreichen. Die Regierung müßte dann einen einheitlichen Stimmzettel für das ganze Reich drucken und verteilen lassen.

Ich schlage vor, daß alle Soldaten, gleichviel, wo sie am Tage der Wahl sich aufhalten, sich durch ihren Militärpaß legitimieren. Der Paß müßte nach vorgewonnener Wahl abgestempelt werden, damit jeder Wahlberechtigter nur einmal wählen kann. Alle Zivilwahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müßte. Dem Einwand, daß in den besetzten Gebieten die Wahl kaum vollzogen werden könnte, kann ich erhebliches Gewicht nicht beimessen. Wenn es sich in dem besetzten Ost- und Westpreußen darum handelte, daß

die Wähler für Deutschland oder Frankreich votieren sollten, dann ließe ich den Einwand gelten. Darum handelt es sich aber bei der jetzigen Wahl nicht. Meine Überzeugung, daß die Errungenschaften der Revolution um so besser gesichert werden könnten, je schneller die Wahl zur Nationalversammlung stattfindet, ist von Tag zu Tag gefestigt worden.

Das Ergebnis der Reichskonferenz.

Berlin, 26. November. Auf der Reichskonferenz, die unter dem Vorsitz von Scheidemann heute vormittag zusammentrat, waren alle deutschen Staaten und die Provinz Schleswig-Holstein vertreten, mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Rudwig-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck. Als Vertreter Preußens waren Hirsch und Ströbel, als Vertreter Sachsens Lipinski und Dr. Grobmann erschienen.

Die Konferenz der Bundesstaaten begann kurz nach 10 Uhr im Kongresssaal des Reichstagspalastes. Etwa 70 Vertreter der